



Nr. 158 / 28.04.2023

Die „Ampel“ darf die Kommunen nicht länger alleinlassen!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir haben im vergangenen Jahr mehr als eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen – ein großartiges Zeichen unserer Hilfsbereitschaft. Zudem wurden 2022 aber mehr als 240.000 Asylanträge in Deutschland gestellt, so viele wie seit 2016 nicht. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres sind weitere 87.000 Asylanträge hinzugekommen. Die Städte und Gemeinden haben ihre Belastungsgrenze, was die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen betrifft, längst erreicht – und oft bereits deutlich überschritten. Es fehlt an mehr als nur an Geld: Es mangelt an Wohnraum und an Kapazitäten in Behörden, Schulen und in der Kinderbetreuung.

Ende März hatten wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion deshalb alle Landräte und Oberbürgermeister, die Präsidien der Kommunalen Spitzenverbände und viele weitere Bürgermeister zu einem Kommunalgipfel nach Berlin eingeladen. Unser Motto lautete: „Wir hören zu.“ Mehrere hundert Mandatsträger aus ganz Deutschland kamen parteiübergreifend zusammen, um über die aktuelle Flüchtlings- und Migrationslage zu diskutieren. Die Kommunalpolitiker berichteten am „offenen Mikrofon“ von der Situation bei ihnen vor Ort. Anschließend haben wir in einer Podiumsdiskussion über konkrete Lösungsansätze diskutiert. Diese Ideen haben wir in einem Antrag gebündelt und in dieser Sitzungswoche in den Deutschen Bundestag eingebracht:

- Wir fordern vor allem, die Zahl der irregulären Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, spürbar zu begrenzen.
- Entscheidungen über Asylanträge müssen bereits an der EU-Außengrenze getroffen werden.
- Die Bundesregierung muss alle Maßnahmen stoppen, die zu weiteren vermeidbaren Belastungen der Kommunen führen; dazu zählen auch freiwillige Programme zur Aufnahme von zusätzlichen Migranten z.B. aus Afghanistan.
- Die Bundesregierung muss die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Versorgung und Aufnahme von Migranten nachvollziehbar und dauerhaft regeln, um den Kommunen Planungssicherheit zu geben.
- Die Bundesregierung muss ihre vielfach versprochene Rückführungsoffensive für abgelehnte Asylbewerber endlich umsetzen, vor allem bei Straftätern und Gefährdern.

- Und die drei Maghreb-Staaten Algerien, Marokko, Tunesien sowie Georgien müssen endlich als Sichere Herkunftsstaaten gelten. CDU/CSU hatten mit der SPD diese vier Länder bereits im Januar 2019 (!) als Sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Doch die Länder, in denen die Grünen mitregieren, verweigern diesem Gesetz bis heute die Zustimmung im Bundesrat. Dabei haben die allermeisten (ca. 97 %) keinerlei reale Bleibeperspektive. Es vergehen oft Jahre, bis über deren Asyl-Anträge entschieden worden ist – und danach bleiben die meisten trotz Ablehnung einfach weiter im Land.

Bundesinnenministerin Faeser nennt die irreguläre Migration selbst „besorgniserregend“ – unternimmt aber nichts dagegen. Und wo ist eigentlich Bundeskanzler Scholz? Er drückt sich auch bei diesem Thema vor der Konfrontation mit der Realität. Die Appelle kommen auch von Landräten und Bürgermeistern, die nicht der Union angehören. Ihre Bitten um eine bessere Unterstützung durch den Bund stößt bislang auf taube Ohren. Brandbriefe bleiben auch nach vielen Wochen meist unbeantwortet. Viele Kommunalpolitiker fühlen sich vor Ort alleine gelassen.

Die jetzige Bundesregierung muss ihren Sonderweg in der Flüchtlingspolitik sofort beenden und die Hilferufe der Kommunen endlich ernst nehmen! Die „Ampel“ muss begreifen, dass wir bald an der Grenze dessen sind, was die Gesellschaft noch bereit ist zu akzeptieren. „Das Murren in der Bevölkerung wird lauter“, schreibt z.B. der „Münchener Merkur“. „Das Unbehagen wächst“, schreibt die FAZ. Unser früherer Bundespräsident Joachim Gauck hat vor ein paar Jahren mal sehr zutreffend gesagt: „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Die Nerven und das Verständnis der Kommunalpolitiker sowie der Bürger sind es auch.

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB